

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

was hat der Gaza-Streifen mit Shanghai zu tun? Wer von Shanghai aus nach Gaza kommt, hat den Eindruck in der Antipode der globalen Metropole gelandet zu sein. „Willkommen auf der anderen Seite des Mondes!“, begrüßte uns denn auch ein palästinensischer Menschenrechtler bei unserem letzten Besuch in Gaza-City. Als wir bei dem vom israelischen Militär unterhaltenen Erez-Checkpoint mit den Mauern, Stacheldraht und Grenzanlagen, in denen außer uns und den Soldaten wirklich niemand war, auf die Abfertigung warteten, hatten wir wirklich den Eindruck das Ende der Welt erreicht zu haben.

Dabei hat Gaza eigentlich Potential mit seiner Lage am Mittelmeer und seiner jungen Bevölkerung mit Hunger auf Bildung und auf eine Zukunft. Ein palästinensischer Ökonom bemerkte bei einem Gespräch kürzlich scherzhaft, er hätte dem chinesischen Repräsentanten in Ramallah vorgeschlagen, den Gaza-Streifen doch als Provinz in die Volksrepublik China aufzunehmen. Wenn die jungen Leute in Gaza eine Chance bekämen, könnten sie viel für die chinesische Öffentlichkeitsarbeit tun. Die Realität sieht freilich anders aus: Der Gaza-Streifen ist mehr denn je abgekoppelt von der Welt, politisch, wirtschaftlich und kulturell. Die meisten Bewohner haben diesen dicht besiedelten Flecken Erde ohne ausreichend Trinkwasser noch nie verlassen. Gerechte Globalisierung? Die Globalisierung ist am Gazastreifen größtenteils vorbei gegangen, er bleibt bis auf weiteres marginalisiert. Die Menschen in Gaza sind jung und arm, die meisten haben keine Arbeit und auch keine Perspektive. Zerstreuung gibt es wenig, so gibt nach wie vor keine Kinos. Die Arbeitslosenquote liegt irgendwo zwischen 60 und 70%, 65% leben unterhalb der Armutsgrenze, und in zwanzig Jahren wird sich die Bevölkerung verdoppelt haben.

Was hat der israelische Abzug aus dem Gazastreifen im September gebracht? Mit diesem Newsletter aus den Palästinensischen Autonomiegebieten ziehen wir nach knapp zwei Monaten eine erste Bilanz. Damit hoffen wir die Prozesse hinter dem Tagesgeschehen zu beleuchten. Gibt es einen Aufbruch oder bleibt wieder einmal nur Resignation? Die internationale Gemeinschaft unternimmt große Anstrengungen, um den Abzug für beide Seiten zum Erfolg zu machen. Dieser hängt davon ab, ob die Dynamik in politisches Gestalten verwandelt und die Roadmap mit einer Zeitleiste versehen wird. Wichtig wird auch sein, den Menschen in Gaza die Perspektive eines Lebens in Würde zumindest in Aussicht zu stellen. Damit wäre nicht nur der Stabilität im Nahen Osten gedient, sondern auch ein wichtiger Pfeiler für die Demokratisierung und Modernisierung der arabischen Welt gesetzt.

Wie immer freuen wir uns über Rückmeldungen. Unsere Analyse finden Sie auch auf unserer Website www.fespal.org - sollten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, genügt eine kurze Mitteilung an info@fespal.org.

Mit besten Grüßen aus Jerusalem

Knut Dethlefsen
Leiter des Projekts der
Friedrich-Ebert-Stiftung
In den Palästinensischen Autonomiegebieten

-
- **Zwei Monate nach dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen**
 - **„Sechs-plus-drei-Agenda“ des Sondergesandten James Wolfensohn**
-

Zwei Monate nach dem israelischen Abzug aus dem Gazastreifen: Zwischen Aufbruch und Resignation

Picknick am Strand

Im Morgengrauen des 12. September 2005 verließen die letzten israelischen Soldaten den Gazastreifen. Damit war die israelische Besiedelung des Gazastreifens nach 38 Jahren zu Ende gegangen. Und so gingen in den folgenden Tagen seltene Bilder um die Welt: Freude in Gaza. Hunderttausende Palästinenser feierten den israelischen Abzug aus dem Gazastreifen in Paraden und spontanen Demonstrationen. Bewohner von Rafah oder Khan Younis genossen bei Picknick und Wasserpfeife zum ersten Mal seit vielen Jahren den zwei Kilometer entfernten Strand, der zuvor den israelischen Siedlern vorbehalten war. Tausende von Menschen konnten über den vier Tage lang geöffneten Grenzübergang Rafah nach Ägypten gehen. Viele davon verließen den Gazastreifen zum ersten Mal in ihrem Leben. Der 40 km entfernte ägyptische Badeort Areesh konnte der plötzlichen Invasion palästinensischer Vergnügungstouristen kaum standhalten. Verwandte trafen sich wieder, nachdem sie einander seit Jahren nicht gesehen hatten.

Entgegen aller Unkenrufe wurde die bis ins Detail geplante Evakuierung von 21 Siedlungen im Gazastreifen und vier im Norden der West Bank nicht nur schneller als geplant, sondern auch ohne Blutvergießen durchgeführt. Ausschreitungen und Krawalle von Seiten radikaler Siedler hielten sich soweit in Grenzen, dass die Siedlungen geräumt werden konnten, ohne dass ein einziger Schuss fiel. Und das obwohl die Koordinierung zwischen Israel und der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) ausschließlich auf den Sicherheitsbereich reduziert blieb. Trotz Koordinierungsschwierigkeiten innerhalb der palästinensischen Sicherheitsapparate blieben Ausschreitungen auch auf palästinensischer Seite begrenzt. Drohungen radikaler Gruppen, den Abzug unter Raketenbeschuss zu einem Fiasko werden zu lassen, konnten abgewendet werden.

Innerhalb des 40 km langen Gazastreifens herrscht nun Bewegungsfreiheit. Schon wenige Tage nach dem Abzug war in Gaza Stadt eine deutliche Verkehrsberuhigung zu spüren, da viele Arbeiter zu ihren Familien im Süden zurückkehren konnten. Die Obst- und Gemüsepreise in Gaza Stadt, früher ein wichtiger Indikator für die Frage, ob die Verbindung zum Süden offen war oder nicht, befinden sich seitdem auf einem gleichmäßig niedrigen Niveau. Es sind keine Engpässe mehr für den an Landwirtschaft armen Norden zu befürchten.

Nun gibt es in Gaza viel zu tun, und die internationale Gemeinschaft unternimmt enorme finanzielle und politische Anstrengungen, um den israelischen Vorstoß zu einem Erfolg für beide Seiten zu machen. Nach Angaben des Büros des Sondergesandten des Nahostquartetts, James Wolfensohn, werden zwischen Juli und Dezember 2005 rund 750 Mio. US\$ in den Wiederaufbau des Gazastreifens und in Maßnahmen in der West Bank gesteckt. So wird in den kommenden Monaten beispielsweise die alte Hauptverkehrsader des Gazastreifens, die Saladin-Straße, wiederhergestellt werden. Andere Infrastrukturprojekte, wie z.B. eine mit deutscher Unterstützung finanzierte Abwasserkläranlage, sollen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung sowie stabile Stromversorgung in der Mehrheit der Haushalte garantieren. Außerdem braucht der überbevölkerte Gazastreifen dringend neuen Wohnraum, und die Vereinigten Arabischen Emirate investieren 100 Mio. US\$ in den Bau von 3000 neuen Wohneinheiten. Weitere Projekte fördern den Bildungs- und Gesundheitssektor. Dazu kommen Arbeitsbeschaffungsprogramme, Projekte zur Reform der PA sowie Unterstützung des privatwirtschaftlichen Sektors. So hat Deutschland z.B. ein Kreditgarantieprogramm für kleinere und mittlere Unternehmen aufgelegt.

Viele Geberländer haben angekündigt, ihre Hilfe für die Region aufzustocken. Die Europäische Union, der größte Geldgeber, plant, ihre Hilfe an die Palästinenser auf 500 Mio. US\$ zu verdoppeln, wenn sich ein spürbarer Fortschritt zu mehr Stabilität abzeichnet.

"Little More than Smoke and Mirrors"?

Doch damit der gewaltige Geldsegen nicht in den Dünen von Gaza versandet, sind noch viele Fragen zu klären, müssen Palästinenser noch große Anstrengungen unternehmen, darf Israel nicht nur "abkoppeln", sondern muss auch loslassen:

Nach 20 Wochen Verhandlungen gelangten die israelische Regierung und die palästinensische Autonomiebehörde am 16. November 2005 zu einer Übereinkunft in zentralen Aspekten der Bewegungsfreiheit für die palästinensische Bevölkerung (*Agreement on Movement and Access*). Die Vereinbarung kam maßgeblich durch die Assistenz des Sondergesandten Wolfensohn zustande und beinhaltet im Wesentlichen die Resultate der Verhandlungen zu den sechs „bilateralen“ Fragen des Wolfensohn Teams (siehe Anhang). Zu diesem Verhandlungsdurchbruch trug sowohl die Vermittlung der amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice bei, als auch der Einsatz des Vertreters der Europäischen Union, Javier Solana.

Das bedeutendste Ergebnis des Abkommens ist die lange erwartete Wiedereröffnung des ägyptisch – palästinensischen Grenzübergangs in Rafah. Seit dem 25. November 2005 ist der Grenzübergang für Personenverkehr sowie für Warenexporte geöffnet. Warenimporte werden über den israelischen Grenzübergang Kerem Shalom abgewickelt, der sich ca.

zwei Kilometer östlich von Rafah im „Dreiländereck“ befindet. Die Europäische Union erklärte sich bereit, durch die Entsendung von europäischen Inspektoren die vereinbarungsgemäße Abwicklung der Grenzkontrollen zu überwachen. Rund 70 europäische Sicherheits-, Zollfachleute beobachten seither die Grenzkontrollen und bilden die lokalen Kräfte aus.

Dem Abkommen ging ein zähes Ringen voraus, das die Aufbruchstimmung unmittelbar nach der abgeschlossenen Evakuierung deutlich trübte: Seit dem israelischen Abzug war die Abriegelung des Gazastreifens restriktiver als jemals zuvor. Die Grenzübergänge waren für Personen bis auf humanitäre Einzelfälle geschlossen, Ein- und Ausfahren über den östlich von Gaza Stadt gelegenen *Karni* Checkpoint um die Hälfte reduziert. Die Politik – so schien es – war zu dem ewigen nahöstlichen Kreislauf von Gewalt und Gegengewalt zurückgekehrt. Gezielte Tötungen von palästinensischen Extremisten, Selbstmordattentate in den israelischen Städten Hadera und Netanya und Luftangriffe auf Gaza markierten nur die traurigen Höhepunkte dieser Eskalation.

Der für die Nach-Abzugsverhandlungen zuständige palästinensische Planungsminister Ghassan Khatib warf der israelischen Seite in einem Pressebriefing in Ramallah Anfang November Verzögerungstaktik vor und kritisierte, dass die Verhandlungen zur Grenzöffnung unter Ausschluss der betroffenen Palästinenser allein mit Ägypten geführt würden. Die Koordination mit der israelischen Seite sei kaum mehr als Blendwerk (*"little more than smoke and mirrors"*). "Es sieht leider so aus", so das frustrierte Resümee von Khatib, "dass die israelische Regierung keine Verhandlungen will. Stattdessen wollen sie ihre unilateralen Aktionen auf Kosten aller fortsetzen." Auch James Wolfensohn hatte sich in seinem periodischen Bericht vom 17. Oktober enttäuscht geäußert und gewarnt, dass ohne sofortige Bewegungs- und Zugangserleichterungen innerhalb der angemessenen Sicherheitsvorkehrungen für Israel die zur Lösung des Konfliktes essentielle Belebung der palästinensischen Wirtschaft unmöglich werden würde.

Mit dem jüngsten Abkommen wird neben der Grenzöffnung nun auch die zentrale Frage der Bewegungserleichterung innerhalb der West Bank sowie die notwendige Verbindung Gazas mit der West Bank oder der Ausbau von See- und Flughafen angegangen. Allerdings steht abgesehen von der Öffnung des Grenzüberganges in Rafah die Ausführung der erzielten Ergebnisse noch aus.

Gaza als Faktor im Ringen um die Macht auf der palästinensischen Bühne

Auch die Palästinensische Autonomiebehörde muss sich Kritik gefallen lassen, wenn es um das Vorantreiben des Reformprozesses, um das Vorgehen gegen Extremisten und um die Beendigung des Sicherheitschaos geht. Dennoch liegt gerade hier vielleicht ein Hoffnungsschimmer für eine nachhaltige Veränderung im festgefahrenen Konflikt.

Der israelische Abzug übt dabei eine eigene Dynamik auf den schwelenden Machtkampf zwischen der PA, die von der Fatah Bewegung dominiert wird, und der Hamas als der größten Oppositionsbewegung aus. Die Organisation und der Wiederaufbau des Gazastreifens ist einer der Schauplätze, auf dem der Konflikt um den politischen Führungsanspruch ausgetragen wird: Sowohl die Fatah als auch die Hamas reklamieren den "Sieg" im Gazastreifen für sich. Der Fatah gelang es, politisches Kapital aus dem israelischen Abzug zu schlagen, während die Gunst der Hamas in der öffentlichen Meinung sank. Ihr wurden z.B. mehrere Vorfälle angelastet, bei denen Sprengstoff in

Menschenmengen oder Wohngegenden explodierte und Tote und Verletzte verursachte. Wie empfänglich die konfliktmüde palästinensische Bevölkerung dagegen für die Option auf Frieden ist, zeigt das positive Stimmungsbild direkt nach dem Abzug: Eine kürzlich veröffentlichte Umfrage der Birzeit Universität zeigt, dass die Bevölkerung in Gaza im Unterschied zur West Bank optimistischere Erwartungen hat und dass in Gaza eine deutlich größere Mehrheit (83%; West Bank: 74%) den Waffenstillstand mit Israel unterstützt. Der PPI (*President Performance Index*) kletterte im Gazastreifen um ganze 12 Punkte auf 45%, während er in der West Bank nur um 7% stieg.)

Auf der anderen Seite hat die Hamas einen neuen pragmatischen Kurs eingeschlagen, indem sie sich spätestens seit dem Waffenstillstand vom März 2005 geschickt um eine programmatische Verschiebung von rein extremistischer Widerstandsideologie hin zu einer religiös konservativen Opposition bemüht. Dabei macht sie sich die Unzufriedenheit in der Bevölkerung gegenüber der PA zunutze: Gewaltsame Auseinandersetzungen innerhalb rivalisierender Fatahfraktionen und Sicherheitsdienste, Fälle von Selbstjustiz verfeindeter Großfamilien sowie eine Reihe von Entführungen von Ausländern indizieren derzeit einen Zustand zunehmender Rechtlosigkeit, der hauptsächlich der PA angelastet wird und der wiederum dem Bild der Fatah nachhaltig schadet.

Die Hamas beansprucht ein Mitspracherecht bei der Umsetzung des technischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus im Gazastreifen und hat bereits ihr eigenes Wirtschaftförderungsprogramm vorgelegt: So schlägt sie z.B. die dezidierte Förderung kleiner und mittlerer Handwerks- und Industriebetriebe vor, während der Plan der PA eine Konzentration auf den Dienstleistungssektor vorsieht und auch den Tourismus ausbauen will.

Das große Bedürfnis nach Beendigung des internen Chaos und die Furcht, die angespannte Lage könne in bürgerkriegsartige Zustände eskalieren, spiegelte sich in einem weit verbreiteten Ruf nach einer sogenannten nationalen Einheitsregierung wider. Das scheiterte jedoch am Widerstand der islamischen Opposition, die auf der Durchführung der Parlamentswahlen bestand.

Für den 25. Januar 2006 sind die lange erwarteten und immer wieder verschobenen Wahlen zum Legislativrat, dem palästinensischen Parlament geplant, an denen sich alle politischen Bewegungen beteiligen werden. Vermutlich werden dabei weder Hamas noch Fatah die absolute Mehrheit erreichen. Aber alle palästinensischen Bewegungen stehen dadurch vor der Herausforderung, sich zu wirklichen politischen Parteien zu reformieren. Das palästinensische Wahlvolk wird sich bei seiner Entscheidung zwischen PA und oppositionellen Gruppen v.a. davon leiten lassen, wem es die Bewältigung der Herausforderungen nach dem israelischen Abzug am ehesten zutraut.

Wie transparent handelt die PA - wie kooperativ ist die Opposition, z.B. wenn es um die Verwaltung der vormaligen Siedlungsgebiete geht? Das den Palästinensern überlassene Land besteht nur zu ca. 3% aus Privatland, das gegen Vorlage von Dokumenten den vormaligen Besitzern zurückgegeben werden soll. Mehrheitlich handelt es sich jedoch um staatliches Land (*miri*) sowie Stiftungsland (*waqf*), das von der PA zu verwalten sein wird. Die Opposition befürchtet, dass dieser Prozess nicht vollkommen transparent verläuft. Ein übergeordnetes Komitee unter Beteiligung aller politischen Strömungen soll nun eine Kontrollfunktion ausüben. Verkauf oder Überlassung des Landes an jegliche natürliche oder juristische Person wurde mittels Präsidentenerlass verboten, und die

Verwaltung des Landes wird durch sieben Komitees koordiniert, denen jeweils ein bis zwei Regierungsmitglieder vorsitzen.

Die Fatah könnte insgesamt aus dem Gefühl einer verbesserten Lage in der Bevölkerung durch wirtschaftlichen Aufschwung und größere Bewegungsfreiheit Nutzen ziehen: Sichtbare politische und wirtschaftliche Perspektiven würden die Attraktivität der radikalen Gruppierungen deutlich verringern, welche wiederum aus dem gegenteiligen Gefühl Kapital schlagen könnten.

Zurück zur Roadmap oder zur Resignation

"Wir verlassen den Gazasteifen" sagte Ariel Sharon am 29. August 2005 bei der Grundsteinlegung einer Siedlung im Negev "(...) damit wir uns der Gegenden mit größerer strategischer Bedeutung für uns versichern können." Und sprach von "verstärkten Bemühungen" auch für den Großraum Jerusalem ("*Greater Jerusalem*").

Die palästinensische Seite wittert genau diese Taktik hinter dem unilateralen israelischen Abzug. Die israelische Regierung selbst habe betont, so der palästinensische Kassandraruuf, dass der Abzug keine Konzession an die Palästinenser sei, sondern vielmehr eine taktische Entscheidung der israelischen Regierung, um freie Hand an strategisch wichtigeren Orten, namentlich in der West Bank und Ost-Jerusalem, zu erhalten. Baugenehmigungen zur Erweiterung der großen Siedlungsblöcke rund um Jerusalem seien bereits erteilt worden.

In der Tat wurden am Tag nach der medienwirksam erfolgten Evakuierung der 8000 Gazasiedler Enteignungsbescheide für den Bau der Absperranlagen rund um den Siedlungsblock Maale Adumim östlich von Jerusalem erteilt, der dadurch mitsamt der umstrittenen Erweiterungszone "E1" mit Jerusalem verbunden würde. Israel würde damit ein durchgehendes Gebiet zwischen Jerusalem und dem Jordantal kontrollieren. Die palästinensische Achse zwischen dem nördlichen und dem südlichen Teil der West Bank würde ganz unterbrochen. Ein palästinensischer Staat würde also noch einmal geteilt werden.

Die palästinensischen Skeptiker befürchten darum, dass hinter dem Abzug keine wirklichen Friedensabsichten stehen, sondern dass in einer aus den späten Oslo-Tagen bewährten Hinhaltetaktik Verhandlungen hinausgezögert werden sollen. Der unklare Status Quo soll beibehalten werden, während gleichzeitig mit dem Bau der Absperranlagen und der Siedlungserweiterung Fakten geschaffen werden.

Aber auch internationale Beobachter, wie der *Economist* (22. Oktober 2005), entwerfen Szenarien, die weniger von einer Rückkehr zu bilateralen Verhandlungen als von weiteren einseitigen Schritten Israels, nunmehr in der West Bank, gekennzeichnet sind. Israel würde dabei die Grenzen einer Reihe von isolierten Kantonen diktieren, in denen weder wirtschaftliche Prosperität noch politische Souveränität vorstellbar wäre. In diesem schlechtesten aller denkbaren Szenarien würde die Gründung eines lebensfähigen palästinensischen Staates in der West Bank, dem Gazastreifen und Ost-Jerusalem unmöglich werden, aber auch Israel würde nicht die ersehnte Sicherheit für seine Bürger erlangen.

Vor diesem Hintergrund betonen die Palästinenser mit Nachdruck die Notwendigkeit einer territorialen und rechtlichen Kontinuität der palästinensischen Gebiete. Sie

unterstreichen, dass die palästinensischen Autonomiegebiete laut dem Oslo-Abkommen rechtlich eine integrale Einheit bilden und über einzelne Teile nicht verhandelt werden kann.

In offiziellen Stellungnahmen der PA wird die Evakuierung der Siedlungen nicht als "Abzug" oder "Abkoppelung" (*disengagement*), sondern als "Stellungswechsel" (*redeployment*) bezeichnet. Gaza bleibe aber, so das *Negotiations Affairs Department* der PLO, auch nach der Evakuierung der Siedler besetztes Gebiet, da Israel weiterhin die volle Kontrolle über Luft- und Wasserhoheit habe, die Grenzen beaufsichtige und sich das Recht vorbehalte, die Armee dort jederzeit wieder einzusetzen. Israel sei weder von seinen Pflichten als Besatzungsmacht im Gazastreifen enthoben, noch könne es Gaza zum "*State of Palestine*" erklären. Scharf weist die palästinensische Seite daher auch jedes Infragestellen dieser rechtlichen Einheit zurück, sei es durch unterschiedliche Zoll- oder Visumsbestimmungen oder gar durch die Etablierung einer Lokalregierung für den Gazastreifen (so in Reaktion auf eine missverständliche Aussage des amerikanischen Präsidenten G.W. Bush in einer Pressekonferenz am 23.8.2005: "(...) *develop a government that responds to the will of the folks in Gaza*").

Israel hat - so paradox es klingt - aus taktischen Gründen Interesse an einem möglichst souveränen Erscheinungsbild des palästinensischen Gazastreifens - bei gleichzeitig größtmöglicher de facto Kontrolle in Sicherheits- aber auch Wirtschaftsfragen. Die PA befindet sich dagegen in einer Zwickmühle, indem sie einerseits größtmögliche Souveränität anstrebt, andererseits aber zur Vermeidung eines "Gaza first - Gaza last" Szenarios jede dauerhafte rechtliche Trennung der beiden Gebiete verhindern muss, denn damit würde die Vision vom palästinensischen Staat zur Illusion.

Es ist davon auszugehen, dass die Bestimmung des rechtlichen Status eine Gratwanderung wird. Der geringste Gewinn wäre eine autonome Zone nach dem Muster der "A-Zonen" des Oslo-Abkommens, in der die PA volle zivile und polizeiliche Autorität hat, im günstigsten Fall entstünde das souveräne Kernstück eines zukünftigen palästinensischen Staates.

"Gaza first" - Aufbruch

Dennoch: Der unilaterale israelische Abzug aus dem Gazastreifen hat einen Präzedenzfall geschaffen: Der Siedlungsbau in den palästinensischen Gebieten ist nicht irreversibel und eine Räumung muss weder einen Bürgerkrieg noch ein nationales Trauma in Israel auslösen. Der israelische Abzug aus den Siedlungen im Gazastreifen und im Norden der West Bank, unterstützt von den enormen Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser, stellt eine Gelegenheit dar, auf dem Verhandlungsweg einer friedlichen Lösung des israelisch - palästinensischen Konflikts wieder näher zu rücken. Und es gibt Chancen, dass der israelische Abzug die innerpalästinensischen Reformbemühungen positiv beeinflusst und der Notwendigkeit der Durchsetzung von Rechtstaatlichkeit durch eine demokratisch legitimierte Autonomiebehörde Auftrieb gibt.

Eine entscheidende Rolle spielt aber die notwendige Rückkehr beider Seiten an den Verhandlungstisch unter aktiver Beteiligung des Nahostquartetts, und zwar unter "Ankoppelung" der West Bank und Ost-Jerusalems. Aufgabe wird es dann sein, die

israelische Operation in das von beiden Seiten akzeptierte Konzept der *Roadmap* zu integrieren.

Jerusalem, 7. Dezember 2005

Elisabeth Petersen

Knut Dethlefsen

Friedrich-Ebert-Stiftung

Palästinensische Autonomiegebiete

"Sechs-plus-drei Agenda" des Sondergesandten James Wolfensohn – Letzter Ergebnisstand

Die sechs bilateralen Punkte:

1. Grenzübergänge und Warenverkehr: Am 12. September zog sich die israelische Armee vom Grenzstreifen ("Philadelphi Linie") zu Ägypten zurück, der seither von ägyptischen Soldaten kontrolliert wird. Der **Grenzübergang in Rafah**, der nach den unkontrollierten Szenen der ersten Tage geschlossen worden war, ist seit dem 25. November 2005 wieder geöffnet. Personen werden zukünftig über Rafah ein- und ausreisen können. Ebenso werden Warenexporte nach Ägypten über Rafah abgefertigt, während Warenimporte nach Gaza über den unter israelischer Kontrolle stehenden Übergang Kerem Shalom im "Dreiländereck" abgefertigt werden. Durch Nutzung moderner Warenkontrolltechniken ohne Ausladen des Containers ("door to door") soll schneller und kostengünstiger abgefertigt werden. Mit der Trennung von Personen- und Warenverkehr soll die Zollunion des Gazastreifens mit Israel erhalten bleiben. Die Abfertigung des Übergangs in Rafah soll gemeinsam von ägyptischen und palästinensischen Beamten unter Aufsicht einer dritten Partei geleistet werden. Die Europäische Union erklärte sich bereit, durch die Entsendung von europäischen Inspektoren die vereinbarungsgemäße Abwicklung der Grenzkontrollen zu überwachen. Rund 70 europäische Sicherheits-, Zollfachleute beobachten seither die Grenzkontrollen und bilden die lokalen Kräfte aus. Mittels Überwachungskameras werden auch die israelischen Behörden die Einreisenden kontrollieren können. Israel hatte ursprünglich sowohl ein Recht zur Einreiseverweigerung von Personen verlangt, als auch eine Ausweitung der europäischen Mission von bloßen Inspektoren zu Vollstreckungsbeamten. Ein solches Mandat wurde von der EU jedoch als nicht durchführbar abgelehnt.

2. Verbindung Gaza – West Bank: Nach dem Abkommen vom 16. November werden die Grenzübergänge von Gaza nach Israel permanent geöffnet sein. Am östlich von Gaza Stadt gelegenen Warenübergang *Karni*, sollen ab Januar 2006 150 Lastwagenladungen pro Tag abgefertigt werden. Bis Ende 2006 soll diese Zahl auf bis zu 400 Ladungen pro Tag vergrößert werden.

Waren und Personen sollen zwischen der West Bank und dem Gazastreifen mittels eines **eskortierten Konvoisystems** verkehren können. Buskonvois sollen ab dem 15. Dezember verkehren, Lastwagenkonvois ab dem 15. Januar 2006. Gleichzeitig werden Studien erstellt, die die optimale Verbindung identifizieren sollen. (z.B. "abgesenkte" Straße oder Zugverbindung). Gegenwärtig sind Reisen in beide Richtungen für die meisten Palästinenser noch unmöglich.

3. Bewegung in der Westbank: OCHA (UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs) und die Weltbank erarbeiten gegenwärtig ein **System von Haupttrouten**, die für die Verbesserung der Mobilität am dringendsten befahrbar sein müssen. Die Anzahl der Checkpoints hat signifikant abgenommen, z.T. weil die fertiggestellten Absperranlagen sie obsolet machten. Dennoch hat sich die Bewegungssituation in der West Bank nicht verbessert: Eine große Anzahl "mobiler Checkpoints", die Notwendigkeit "interner Permits" für Personen- und Warenverkehr sowie die Umladestationen ("back to back") außerhalb verschiedener Städte behindern nicht nur jede wirtschaftliche Effizienz bereits im Ansatz, sondern auch die sowieso schon stark eingeschränkte Bewegungsfreiheit der Palästinenser.

4. Flughafen / Seehafen: Nach der Klärung der Grenzübergänge ist der Weg für den Ausbau des Seehafens nunmehr frei. Über die Restaurierung und Wiederinbetriebnahme des Flughafens besteht noch keine Einigung. Hauptprobleme bilden wie bei der Frage der Grenzkontrollen auch hier Sicherheitsaspekte sowie die Zollhandhabung.

5. Häuser der Siedler: Die Häuser wurden, wie vereinbart, von Israel zerstört, allerdings ist die Entsorgung des Schutts und v.a. der asbesthaltigen Hausteile bisher nicht erfolgt. Ungeklärt ist auch die Frage, ob die nicht wiederverwendbaren Anteile, wie geplant, im Sinai entsorgt werden können.

6. Gewächshäuser: Durch ein Konsortium privater Geldgeber wurden 14 Mio. US\$ für die Kompensation der Siedler bereitgestellt. 90% der Gewächshäuser konnten so an palästinensische Farmer übergeben werden. Trotz anfänglicher Plünderungsversuche haben die meisten Anlagen die Übergabe gut überstanden und werden zukünftig etwa 3000 Arbeitsplätze sowie jährliche Einkünfte von bis zu 50 Mio. US\$ sichern. Der langfristige Erfolg ist aber abhängig von Möglichkeiten, Produkte zu exportieren (Flughafen, Grenzübergänge) bzw. vom Zugang zu Wasser und Dünger.

Die drei palästinensischen Punkte:

1. Überwindung der Finanzkrise der Palästinensischen Autonomiebehörde: Die Gebergemeinschaft stellt monatlich ca. 25 Mio. US\$ zur Finanzierung von ca. 45.000 Arbeitsplätzen in der PA zur Verfügung. Da 2005 die Gehälter verschiedener Gruppen innerhalb der PA entgegen einem mit dem IWF erarbeiteten Plan angehoben wurden, wird die PA Ende 2005 vor einem nicht finanzierten Defizit von 250 Mio US\$ stehen. Dieser Vorfall wirft Fragen auf, inwieweit die PA zukünftig in der Lage sein wird, Haushaltsdisziplin zu wahren.

2. Dreijahresentwicklungsplan: Gegenwärtig arbeiten die Weltbank, das Büro des Sondergesandten Wolfensohn und die britische Entwicklungsagentur DFID zusammen mit den palästinensischen wirtschaftsrelevanten Ministerien an einem mittelfristigen Entwicklungsplan 2006 - 08. Er soll Grundlage für eine für kommendes Jahr geplante Geberkonferenz werden.

3. Koordinierung kurzfristiger Aufbauhilfe: Laut Bericht des Büros des Sondergesandten Wolfensohn wird das Gesamtpaket der kurzfristigen Aufbauhilfe der Geber zwischen 1,1 - 1,3 Mrd. Dollar erreichen. Diese Maßnahmen zum Wiederaufbau, zur Verbesserung der Infrastruktur und zur Wohnraumbeschaffung werden einen großen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen leisten.